



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 2 1 - V - 3 0 - 0 0 0 5
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) II

Zusetzung einer Stelle mit Budget im Bereich Verwaltung/Versicherungen

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Dr. Franz

Bürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperre, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2022	Personalkosten	68.091 €			1300029	630098	Personalkosten Amt 30
	x	2022	Sachkosten	9.700 €			1300029	680000	Arbeitsplatzkosten
Summe einmalige Kosten:				77.791 €					

	x	2023 ff	Personalkosten	68.091 €			1300029	630096	Personalkosten Amt 30
	x	2023 ff	Sachkosten	9.700 €			1300029	680000	Arbeitsplatzkosten
Summe Folgekosten:				77.791 €					

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

PK 2022/2023: PK 2020 (lt. Leinlinie 11, Stand Mai 2020) +1,4% sowie zzgl. Overheadkosten

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Anpassung der Personalausstattung im Rechtsamt zur Sicherstellung der Leistungen im Bereich Verwaltung/Versicherungen

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. im Rechtsamt zur Bewältigung der Aufgaben im Bereich Zentrale Dienste/Personalverwaltung, Versicherungen, Standesamtsaufsicht, Betreuung der Ortsgerichte und Schiedsämter aktuell die Stelle der Sachgebietsleitung im Umfang einer Vollzeitstelle, zwei Stellen mit Stellenwert E 8 in Vollzeit und eine Stelle mit Stellenwert E 9a mit einem Aufgabenumfang von 15 % einer Vollzeitstelle zur Erfüllung der Aufgaben zur Verfügung stehen;
 - 1.2. in der Vergangenheit - insbesondere bei der Sachgebietsleitung - regelmäßig Überstunden in erheblichem Umfang angefallen sind;
 - 1.3. beispielsweise im Jahr 2019 und im Jahr 2020 jeweils 200 Überstunden neu angefallen sind;
 - 1.4. dringend zusätzliches Personal benötigt wird, um die notwendigen Leistungen sicherzustellen;
 - 1.5. die Nichtschaffung der zusätzlichen Stelle zur Folge hätte, dass die Aufgabenwahrnehmung nicht im erforderlichen Umfang und/oder nicht mit der erforderlichen Sorgfalt erfolgen kann, was vor allem im Teilbereich Versicherung risikobehaftet ist.
2. Es wird beschlossen, dass
 - 2.1 zur Sicherstellung der Leistungen im Bereich Zentrale Dienste/Personalverwaltung, Versicherungen, Standesamtsaufsicht, Betreuung der Ortsgerichte und Schiedsämter eine zusätzliche Stelle (Stellenwert E 8) unbefristet geschaffen wird;
 - 2.2 die erforderlichen Mittel von Dezernat II/30 zum Haushalt 2022/2023 angemeldet werden;
 - 2.3 im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018 ff. das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat II/30 um ein VZÄ erhöht wird.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Gegenwärtig stehen im Rechtsamt zur Bewältigung der Aufgaben im Bereich Zentrale Dienste/Personalverwaltung, Versicherungen, Standesamtsaufsicht, Betreuung der Ortsgerichte und Schiedsämter die Stelle der Sachgebietsleitung im Umfang einer Vollzeitstelle, zwei Stellen mit Stellenwert E 8 in Vollzeit und eine Stelle mit Stellenwert E 9a mit einem Aufgabenumfang von 15% einer Vollzeitstelle zur Erfüllung der Aufgaben zur Verfügung.

Im Bereich Zentrale Dienste/Personalverwaltung, Versicherungen, Standesamtsaufsicht, Betreuung der Ortsgerichte und Schiedsämter sind in der Vergangenheit regelmäßig Überstunden angefallen. Der erhöhte Arbeitsanfall wird u.a. ausgelöst durch zusätzliche Aufgaben aufgrund der Verlagerung des Bereichs Wahlen zum Rechtsamt, den damit verbundenen Stellenzuwachs sowie den weiteren Stellenzuwachs um drei neue Justizariatsstellen und eine neue Sekretariatsstelle im Zeitraum 2018 bis 2021. Alle Kolleginnen und Kollegen leisten seit dem Wechsel des Bereichs Wahlen zum Rechtsamt auch temporäre Unterstützung in diesem Bereich jeweils im Zeitraum 6 Wochen vor bis 2 Wochen nach Wahlen. Der Bereich Zentrale Dienste/Personalverwaltung, Versicherungen, Standesamtsaufsicht, Betreuung der Ortsgerichte und Schiedsämter hat darüber hinaus im Dezember 2020 als neue Aufgabe die Abführung der Künstlersozialabgabe nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz für die gesamte Stadtverwaltung übernommen. Zudem hat die Komplexität der vertraglichen Regelungen im Teilbereich Versicherungen zugenommen, was erhöhten Zeitaufwand auslöst und erhöhte Sorgfalt erfordert. Zur Gewährleistung der Sorgfalt und zur Vermeidung von Fehlern, insbesondere im Versicherungsbereich, sind auskömmliche Personalkapazitäten erforderlich. Letztlich hat die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss Nr. 0508 vom 12. Dezember 2019 das Rechtsamt beauftragt, eine Überprüfung des Versicherungsbestandes in die Wege zu leiten. Die Begleitung dieses Projekts wird ebenfalls zusätzliche personelle Kapazitäten erfordern.

Um eine auskömmliche Personalausstattung sicherzustellen, ist die Zusetzung der beantragten Stelle dringend erforderlich.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 11. Mai 2021

Dr. Franz
Bürgermeister